

## Kommentar

# Der Dauphin gegen den Favoriten

Dominique de Villepin und Nicolas Sarkozy im Wettlauf zum Élysée

MEDARD RITZENHOFEN\*

Herbstzeit, Weinlese. Es schlägt die Stunde der Winzer und der Wahrheit. Doch ist es weniger die Qualität des neuen Jahrgangs, der Fachleute und Laien gleichermaßen beschäftigt, als das Schicksal von Frankreichs Nationalgetränk. Der Wein ist in aller Munde, weil er durch immer weniger Kehlen rinnt. Die ehrwürdige „culture de la vigne“ steckt in der Krise. Würde Roland Barthes heute noch von „une boisson-totem“ sprechen wie er es 1954 in seinen „Mythologies“ tat? Weltweit brechen französische Marktanteile weg. Auch der inländische Konsum ist stark rückläufig. Kein Wunder, dass es gärt unter Frankreichs Winzern. Die freilich haben sich allzu lange auf ihren Lorbeeren großer Namen und Traditionen ausgeruht. Den schneidenden Wind des Wettbewerbs mit chilenischen oder süd-afrikanischen Rebsäften bekommt man auch in den Tälern von Rhone und Loire zu spüren. Schenkt man dem neuen „Johnson“ (Edition 2006) Glauben, kann inzwischen sogar Neuseeland Frankreich den Wein reichen. Nein, der Globalisierung ist nichts heilig, nicht einmal „le vignoble français“.

Im Wein liegt nicht nicht nur Wahrheit, sondern spiegelt sich auch die Krise eines Landes, das sich allzu fest in den Errungenschaften und Gewohnheiten jener Wirt-

schaftswunderzeit von 1945 bis 1975 eingerichtet hat, die längst Geschichte ist. Die sogenannten „Trente Glorieuses“ wurden abgelöst von den „Trente Peureuses“, so *Christophe Lambert* in seinem soeben erschienenen Buch „La société de la peur“ (Plon). Von den „vins malades de la France“ („Le Monde“) ist es nur ein kleiner publizistischer Schritt, Frankreich als „kranken Mann Europas“ (*Nicolas Bavarez*) zu etikettieren. Nicht umsonst führt *Claude Imbert* in seinem wöchentlichen „Le Point“-Editorial einen Weinbauern an, der seinen Rebsaft über den grünen Klee lobt, obwohl dieser längst ungenießbar geworden ist: „Er liebt ihn trotz seiner offensichtlichen Mängel.“ Aber, so *Imbert* weiter, machen die Politiker, allen voran Staatspräsident *Jacques Chirac* und Premierminister *Dominique de Villepin*, etwas anderes, wenn sie dem französischen „modèle social“ Kränze winden, obwohl dieses längst überholt ist? Wer, wie der normale französische Arbeitnehmer, jährlich im Schnitt 30 Tage weniger arbeitet als der Kollege im viel gescholtenen Großbritannien, hat gut Trinken. Aber wird er sich die teuren Qualitätslagen auch leisten können? „En attendant la révolution“, der Titel, den „Le Point“ seinem rooseitigen „Spécial Vins“ gegeben hat, gilt auch für die Politik. Will Ni-

\* *Medard Ritzenhofen* lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

colas Sarkozy das Ruder tatsächlich herumwerfen, wenn er für „un nouveau modèle social“ wirbt, oder begnügt er sich damit, alten Wein in neue Schläuche zu füllen?

## Im Geiste de Gaulles

Nicolas Sarkozy steht schon lange unter dem Zwang, auf sich aufmerksam zu machen. Erst als Innenminister, dann als Finanz- und Wirtschaftsminister, und jetzt wieder als Innenminister liefert er wie kein anderer Politiker den Medien jene mundgerechten Schlagworte und anspielungsreichen Wortspiele, die sich dem Publikum so gut verkaufen lassen. Denn Sarkozy setzt alles daran, 2007 in den Élysée-Palast zu kommen. Doch wer zu früh startet, kommt nie ans Ziel. So zeigt der umtriebige unter Frankreichs Spitzenpolitikern erste Anzeichen von Erschöpfung, und das nicht nur, weil bei den Sarkozys der Haussegen schief hängt.

Die innerparteiliche Konkurrenz tut ein übriges. Solange Sarkozy davon ausgehen konnte, es lediglich mit einem nicht amtsmüde werdenden Staatspräsidenten Chirac zu tun zu haben, fiel es ihm leicht, sich als dynamische und moderne Alternative zu präsentieren. Nun aber ist dem Favoriten in Premierminister Dominique de Villepin ein Kontrahent erwachsen, der Sarkozy nicht mehr ganz so gut aussehen lässt. Das fängt beim Erscheinungsbild an, das im Medienzeitalter nicht zu unterschätzen ist. Bella figura zu machen ist die leichteste Übung des Regierungschefs, über den „Le Monde“ urteilt: „L'élégance, la beauté, pour tout dire un physique.“ Dass die Franzosen gerne einen großen Mann im Élysée sehen, dafür steht immerhin die Körperlänge de Gaulles, Giscard d'Estaings und Chiracs.

Doch nicht nur, was die äußere Statur angeht, zieht die Nummer 2 gegenüber der Nummer 1 der Regierung den Kürzeren. Nicolas Sarkozy umgibt auch nicht die literarische Aura eines Chateaubriand, während Dominique

de Villepin Talleyrand, Fouché und Rimbaud in sich vereint. Erst mit den selbst verfassten Büchern wird der Politiker in Frankreich zum Staatsmann. Als *Homme de lettres* kann dem Premierminister, der kein Jahr ohne eigene Publikation verstreichen lässt, niemand das Wasser reichen. In den Popularitätsumfragen mag Sarkozy noch vorne liegen, doch ist de Villepin die ungleich schillerndere Persönlichkeit: „Le style, c'est l'homme.“ Bei dem noch immer eleganten französischen Verständnis von Politik, die erst durch den theatralischen Gestus Gewicht bekommt, könnte sich das bezahlt machen.

Seinen Facettenreichtum bewies der nach Juppé, Jospin, Raffarin vierte und wohl auch letzte Premierminister der Ära Chirac gerade dadurch, dass er seinem Image als Husar der Republik nicht stürmisch Rechnung trug. „On l'attendait lyrique et flamboyant; il se découvre méthodique et précis“, so Nicolas Bavezez. Dominique de Villepin, der als Diplomat im internationalen Irak-Konflikt die USA in die Schranken wies und fast gleichzeitig als Dichter auf 800 Seiten eine „Eloge des Voleurs de Feu“ (Gallimard) anstimmte, gibt sich als Regierungschef alle Mühe, seinen Job möglichst effizient zu tun. So verkündete er bei seinem Amtsantritt im Matignon am 1. Juni vollmundig, er gebe sich „100 Tage, um den Franzosen das Vertrauen zurückzugeben.“ Das zeugte von Selbstbewusstsein und einer gewissen Portion Eitelkeit. Denn 2001 hatte de Villepin dem heroischen Epilog des napoleonischen Abenteurers einen 600 Seiten starken Essay mit dem Titel „Les Cent-Jours ou l'esprit de sacrifice“ (Perrin) gewidmet. Zeugte nicht auch seine Übernahme der Regierungsgeschäfte zwei Tage nach dem desaströsen Ergebnis des EU-Referendums von einem gewissen Opfergeist?

„Moi, je ne me bats pas pour un poil, mais pour l'intérêt général de la France“, ließ der Premierminister am 27. Juli wissen. Dominique de Villepin versteht sich noch auf jene originär gaullistische Rhetorik, in der der

Schneid (le panache) ihres Herolds und die Größe der Nation zusammenfinden. Von dem legendären General und Gründer der V. Republik hätte auch jener „patriotisme économique“ stammen können, den der Premierminister als Abwehrstrategie gegen ausländische Übernahmen französischer Unternehmen ins Feld führt. Angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung, die nicht zuletzt französische Firmen durch eine erstaunliche internationale Einkaufstour vorangetrieben haben, wirkt dieser Protektionismus so anachronistisch wie einst die weltpolitischen Ambitionen *de Gaulles*. Doch wenn sich ein amerikanischer Junkfood-Hersteller wie PepsiCo erdreistet, seine Hand nach der französischen Edelmarke Danone auszustrecken, darf's ruhig ein bisschen mehr sein vom bewährten alten Colbertismus. Da konnte die Zeitung „Libération“ ruhig spotten: „Allons enfants de la patrie, nos entreprises sont en danger ...“ Bevor mit einem Prestige-Joghurt ein weiteres Stück vermeintlicher nationaler Identität an ausländische Investoren veräußert wird, bildet sich eine parteiübergreifende „Union sucrée“ („Libération“) aus Regierung und Opposition, Gewerkschaften und Bauernverband. Niemand anderes als Nicolas Sarkozy, der sich gern als Vorreiter eines marktorientierten Liberalismus in Szene setzt, rief Behörden, Banken und Aktionäre zur „Blockbildung“ auf. Als Wirtschafts- und Finanzminister ebnete er im letzten Jahr den Weg dafür, dass der kleinere französische Pharmahersteller Sanofi den deutsch-französischen Konzern Aventis übernehmen konnte und verhinderte gleichzeitig, dass Siemens Teile des französischen Alstom-Konzerns aufkaufte. Wenn es um seine Industriepolitik geht, zögert Frankreich nicht, auch den besten Freund zu düpieren.

Dass die „nationalen Champions“ als strategische Trumpfkarte der französischen Wirtschaft keineswegs ausgespielt haben, beweisen 67 so genannte „pôles de compétitivité“, in denen nach dem Vorbild des kalifornischen Silicon Valley Industrie sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit Unterstützung der Regierung Synergieeffekte erzielen sollen. Eine „Agence de l'innovation“ soll finanziell dort Hilfe leisten, wo es an privaten Mitteln fehlt. Schließlich veröffentlichte die Regierung eine Liste von zehn Schlüsselbranchen, darunter Rüstung, Biotechnologie, Informatik und Impfstoffe, die vor ausländischen Investoren geschützt werden sollen. So werden mit der Renaissance der französischen Industriepolitik Konzepte wieder aus den Schubladen hervorgeholt, die wegen ihrer Mittelverschwendung schon *ad acta* gelegt worden waren.

**Weder Fehler noch Niederlagen**

So großspurig *Dominique de Villepin* sein Amt angetreten hatte, so genau schauten die politischen Beobachter hin, als die 100-Tage-Frist am 8. September auslief. Doch selbst die Kommentatoren, die dem Premierminister nicht allzu großes Wohlwollen entgegenbringen, kamen nicht umhin, ihm ein Minimum an Respekt zu zollen. Allerdings: Wenn man das wiedergewonnene Vertrauen der Franzosen an deren Konsumfreude bemisst, ist der Regierungschef seinem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden. Nach wie vor stagniert der Verbrauch und fällt als Impulsgeber der Konjunktur aus. Die Arbeitslosigkeit ist zwar wieder knapp unter die symbolische Marke von 10 Prozent gesunken, doch wer wollte angesichts dieser Ergebnisse von einer glänzenden Bilanz der *Cent-Jours de Villepins* sprechen? Andererseits hat der Premierminister weder Fehler gemacht noch Niederlagen einstecken müssen und darüber hinaus einige Akzente gesetzt.

### Weder Fehler noch Niederlagen

Angesichts schwacher Konjunktur, steigender Energiepreise, nach unten korrigiertem Wirtschaftswachstum und weiterhin hoher Arbeitslosigkeit lassen sich keine Wirtschaftswunder vollbringen. Doch *de Villepin* vermittelt zumindest den Eindruck, nach

dem hilflosen Taktieren seines Vorgängers Raffarin liege das Gesetz des Handelns wieder im Hôtel Matignon. Mit Gespür fürs richtige Timing setzte der Premierminister seine Arbeitsmarktreform in den großen Ferien ins Werk und überrumpelte damit die Gewerkschaften. Die neuen Arbeitsverträge („contrats nouvelles embauches“) erlauben es, jeden neu Eingestellten in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten innerhalb der ersten zwei Jahre ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Von dieser Lockerung des Kündigungsschutzes erhofft sich die Regierung mehrere 100 000 neue Arbeitsverträge.

Erstaunlich schnell legte die Regierung auch einen Reformplan der Einkommensteuer vor, der im Wahljahr 2007 in Kraft tritt. Entlastet werden sollen dabei vor allem die mittleren, aber auch sehr hohe Einkommen. Auch wenn eine französische Steuererklärung nie auf einem Bierdeckel Platz finden wird, soll das Abgabensystem durch Verringerung der Steuerklassen und -nischen übersichtlicher werden. Die Steuerreform wird den Staat 3,5 Milliarden Euro kosten, die der Finanzminister durch die Konsumankurbelung wieder reinzuholen hofft.

Dominique de Villepin aber wäre nicht der Gaullist reinsten Wassers, würde er nur der Mittelschicht, Arbeitgebern und Spitzenverdienern entgegenkommen. Anfang September komplettierte er seine wirtschaftspolitischen Vorstöße durch einen Plan des „sozialen Wachstums“. An die neun Millionen Mindest- und Niedriglohneempfänger erhalten ab dem nächsten Jahr ihren Lohnzuschuss („la prime pour l'emploi“) monatlich, der bis zu 60 Prozent ihres Verdienstes betragen kann. Sozialhilfeempfänger die eine Arbeit annehmen, bekommen neben den 1 000 Euro Belohnung („la prime de reprise d'une activité“) eine monatliche Beihilfe von 150 Euro während eines Jahres. Auf der anderen Seite werden die Kontrollen beim Arbeitslosengeld sowie die Sanktionen bei deren Missbrauch verschärft.

Dass die Regierung nicht gesonnen ist, die Wirtschaft dem Markt zu überlassen, bewies sie auch in der aktuellen Krise galoppierenden Ölpreise. Finanzminister Thierry Breton drohte den Mineralölkonzernen mit einer Sondersteuer, sollten diese ihre Gewinnmarge nicht senken und den Treibstoff verbilligen. Daraufhin fielen die Preise an den Tankstellen um 2 bis 3 Cent pro Liter. Besonders betroffene Berufsgruppen wie Landwirte, Fischer und Taxifahrer bekommen steuerliche Erleichterungen und Treibstoffcoupons. Bedürftige Haushalte werden mit einem Heizölzuschuss von 85 Euro unterstützt. Nimmt man hinzu, dass auf de Villepins Prioritätenliste die Verschlinkung des aufgeblähten Staatsapparats keinen vorderen Platz einnimmt – im öffentlichen Schulwesen wurden 45 000 neue Stellen bewilligt und damit Jospins Stellen für Berufseinsteiger („emplois-jeunes“) reaktiviert – sind erhebliche Zweifel an der Konsolidierung des Haushalts angebracht. Eine voluntaristische Politik, die an Visionen und gutem Willen nicht spart, hat ihren Preis. Der läge freilich zu hoch, sollte in diesem Jahr erneut die vom Maastricht-Vertrag vorgegebene Drei-Prozent-Grenze der Neuverschuldung massiv überschritten werden. Nachdem Frankreich bereits den Europäischen Verfassungsvertrag zu Fall gebracht hat, sollte es sich zumindest bemühen, den Stabilitätspakt zu respektieren.

## Das Tabu des Präsidenten

Das Duell der beiden neogaullistischen Präzidenten gewinnt umso mehr an Bedeutung als es sich vor einem eingeläuteten „fin de règne“ abspielt. Hatten noch vor nicht allzu langer Zeit die Auguren darüber gerätselt, ob Jacques Chirac eine dritte Amtszeit ins Auge fassen würde, so dürfte sich diese Aussicht endgültig erledigt haben. Bereits die Niederlage, die der Präsident als oberster Befürworter des Europäischen Verfassungsvertrages durch das abschlägige Referendum einste-

cken musste, machte seine neuerliche Kandidatur für den Élysée unwahrscheinlich. Geradezu unmöglich ist diese durch den leichten Schlaganfall geworden, der das Staatsoberhaupt für eine Woche ins Krankenhaus brachte und ihn zum ersten Mal seiner Amtsgeschäfte entthob.

Denn ein ungeschriebenes Gesetz besagt, dass französische Präsidenten nicht krank sein dürfen. Vom Blutkrebs *Georges Pompidou*s erfuhr die Öffentlichkeit erst nach dessen unerwartetem Tod. *François Mitterrand* ließ gezielte Falschinformationen über seinen kritischen Gesundheitszustand verbreiten. Da auch im Falle *Chiracs* nur ein Minimum an Informationen verlautbart wurde, war die Aufregung umso größer. Dabei ist nichts normaler, als dass auch die Topform des Politikers, der als unverwundlich gilt, im 73. Lebensjahr an ihre Grenzen stößt. Doch Frankreichs republikanischer Monarch ist eben kein normaler Citoyen. Nahm in vergangenen Zeiten der gesamte Hofstaat Platz am Krankenbett des Königs, so verlangt heute die Presse nach entsprechenden Fotos. Im Namen der Würde seines Amtes lehnte *Chirac* dieses Ansinnen ab. Auch die „Diktatur der Transparenz“ („*Le Figaro*“) hat ihre Grenzen. Umso genauer wird *Chirac* künftig auf alle Anzeichen kleinster Schwäche hin beobachtet werden.

Während *Chiracs* Krankenhausaufenthalt war es der Premierminister, der nicht nur die Leitung der wöchentlichen Kabinettsitzung übernahm, sondern den Präsidenten auch bei dem Weltgipfel der Vereinten Nationen in New York vertrat. Damit scheint *de Villepin* endgültig in die Rolle des Dauphins geschlüpft zu sein. Doch auch wenn Innenminister *Sarkozy* nicht mehr das dynamische Zentrum der Regierung ist, bleibt er nicht nur nach den Umfragen der Favorit für das höchst-

te Amt im Staat. Denn als Vorsitzender der UMP kann sich *Sarkozy* vor allem auch auf den Apparat der Regierungspartei stützen.

*Chiracs* gesundheitliche Krise wird indes nicht ohne politische Folgen bleiben. Zunächst für ihn selbst. Nach zehn alles andere als glanzvollen Jahren im Élysée könnte der Neogaullist seine Präsidentschaft in stoischer Gelassenheit beschließen, indem er sich sukzessive aus dem politischen Tagesgeschäft zurückzieht, um sich auf die großen Orientierungen zu konzentrieren. Dass Frankreichs veröffentlichte Meinung nicht bereit ist, *Chiracs* alles in allem magere Bilanz mit dem gnädigen Mantel des Schweigens zuzudecken, belegen die Pamphlete zweier angesehenen Journalisten, die dem Staatspräsidenten nicht das geringste Pardon geben.<sup>2</sup> Altersschwäche oder physische Beeinträchtigung stimmen die öffentliche Meinung gleichwohl milde, wie der prompte Aufwärtstrend von *Chiracs* Popularitätskurve zeigt. Voraussetzung dafür aber ist, dass der Staatspräsident als unparteiischer Doyen sein Mandat beschließt und der Versuchung widersteht, seinen Dauphin *de Villepin* gegenüber dem ungeliebten Herausforderer *Sarkozy* zu begünstigen. Denn so häufig der französische Präsident als republikanischer Monarch apostrophiert wird, auf seine Nachfolge im Frühling 2007 darf er keinen Einfluss nehmen. Demokratische Souveränität kennt im Unterschied zu dynastischer Herrschaft keine natürlichen politischen Erben. Sowenig *Nicolas Sarkozy* noch als kecker Herausforderer eines vor allem protokollarisch-symbolischen Präsidenten punkten kann, so wenig kann *Dominique de Villepin* deshalb im strengen historischen Wortsinn als Dauphin bezeichnet werden.

1 Vgl. *Medard Ritzenhofen*: Der Außenminister als Feuerdieb. Dominique de Villepin feiert die Dichtkunst. In: DOKUMENTE 5/2003.

2 Vgl. *Denis Jeambar*: Accusé Chirac, levez-vous! Seuil, Paris 2005. *Laurent Mauduit*: Jacques le Petit. Stock, Paris 2005.